

von Birke Bull

Welches sind die zentralen Spannungsfelder und Kontroversen?

Schwerpunkte der Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Verbesserung der Chancengleichheit“ waren vor allem **die Zukunft der Schul- und Unterrichtsformen für Kinder mit Behinderungen** und mögliche **Konzepte für Kinder mit Schulproblemen**.

Die Kontroversen entwickelten sich vor allem bei der Frage, unter welchen Bedingungen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht der Allgemeinen Schule unterrichtet werden können und sollen. Die Fraktion DIE LINKE und auch der Kultusminister Sachsen-Anhalts, Prof. Olbertz, sprachen sich in eigenen Empfehlungsentwürfen bzw. Änderungsanträgen bereits im Rahmen der Arbeitsgruppe dafür aus, dass die Überweisung von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an eine Förderschule bereits im Grundschulalter künftig die Ausnahme sein sollen. Die Allgemeine Schule – hier zunächst vor allem die Grundschule – sollen in die Lage versetzt werden, die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Lernvoraussetzungen produktiv für alle SchülerInnen zu nutzen. Heterogenität soll Gewinn für alle sein. Zweifellos ist das vor allem eine pädagogische und didaktische Herausforderung, deren Antwort vor allem in neuen und vielfältigen Formen des Gemeinsamen Unterrichtes liegt. Hierfür gibt es in Sachsen-Anhalt erheblichen Weiterbildungsbedarf, dem durch das Land Genüge getan werden muss. Vor allem in den unterschiedlichen Formen von kooperativen Lernformen zwischen den unterschiedlichen SchülerInnen liegen hohe Integrationspotenziale. Solche Unterrichtsformen fördern die Leistungsbereitschaft und das soziale Voneinander-lernen der Schülerinnen und Schüler. Langfristig geht es der LINKEN um die Schaffung einer Schule für alle Kinder. Auf dem Weg dahin könnte der Gemeinsame Unterricht von SchülerInnen mit und ohne Behinderungen (sonderpädagogischer Förderbedarf) ein gewichtiger Schritt voran sein.

Auch die Frage nach der **Zukunft der pädagogischen MitarbeiterInnen an den Schulen** und **die Arbeit der SchulsozialarbeiterInnen** stand und steht im Mittelpunkt der Empfehlungen. Hier waren sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Verbesserung der Bildungschancen“ im wesentlichen einig, dass sowohl die Schulsozialarbeit als auch die Arbeit der pädagogischen MitarbeiterInnen ein immanenter und selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit an den Schulen werden muss. Die soziale Arbeit in Schule muss sich von dem Gedanken eines Reparaturbetriebes verabschieden, denn das soziale Miteinander, das Konfliktmanagement wie auch die biografische Hilfe für SchülerInnen ist nicht die Ausnahme, sondern soll die Regel sein.